

Autobahn-Aussagen sorgen für Streit bei den Grünen

A 281-Verfahren: Fraktionschef Matthias Güldner und Umweltsenator Reinhard Loske gehen auf Distanz

VON MICHAEL BRANDT

Bremen. Die Aussagen von Grünen-Fraktionschef Matthias Güldner zur A 281 sorgen auf der Führungsebene der Öko-Partei für heftige Dissonanzen. Güldner hatte in einem Gespräch mit unserer Zeitung gesagt: „Bremen wird auf die Querspange und auf den Monsterknoten verzichten.“ Wie berichtet, hatte das Bundesverwaltungsgericht am Mittwoch in Leipzig über Klagen der Bürger gegen die Autobahnpläne beraten und für den 24. November ein Urteil angekündigt. Mit seinen Aussagen bringt

Güldner nun seinen Parteikollegen, Umweltsenator Reinhard Loske, in eine schwierige Situation.

Loske ist gezwungen, angesichts des laufenden Verfahrens an den bisherigen Planungen festzuhalten. Sein Sprecher Michael Ortmanns ging gestern so auch auf deutliche Distanz zu Güldner: „Das ist die Meinung des Fraktionsvorsitzenden. Wir warten das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts ab.“

Sollte das Gericht die bisherigen Planungen bestätigen, werde zügig mit den Bauvorbereitungen begonnen. „Über anwoh-

nerfreundliche Modifikationen im Rahmen des Planfeststellungsbeschlusses können wir jederzeit nachdenken.“ Hinter den Kulissen herrschte Verwunderung über Güldners Vorpreschen.

Auch beim Koalitionspartner SPD ärgert man sich deutlich über den Vorgang. Wirtschaftssenator Martin Günthner sagte gestern öffentlich: „Es ist schlicht unverantwortlich und ein einmaliger Vorgang, wenn der Fraktionsvorsitzende einer Regierungsfraktion dem Senat und dem eigenen Senator so in den Rücken fällt, wie heute geschehen.“ Das Urteil des Bundesverwal-

tungsgerichtes zur A 281 sei noch nicht gesprochen und schon werde erklärt, dass die Autobahn ganz anders als vom Bausenator geplant gebaut werden solle. Martin Günthner stellte klar, dass die Aussagen Güldners nicht die Position des Senats wiedergäben.

Die „Bürgerinitiativen für eine menschengerechte A 281“ haben derweil für Donnerstag, 18. November, um 19 Uhr in den Saal der St. Markus-Gemeinde eingeladen. Dort sollen die Informationen aus der Gerichtsverhandlung mit den Anwohnern diskutiert werden.